



Interviews

08.09.2023

Friedrich Merz, CDU-Vorsitzender und Unions-Fraktionschef, im Gespräch mit Friedbert Meurer

Friedbert Meurer: Ich begrüße am Telefon Friedrich Merz, den Vorsitzenden der Unions-Bundestagsfraktion und CDU-Parteichef. Guten Morgen, Herr Merz!

Friedrich Merz: Guten Morgen, Herr Meurer.

Meurer: Warum soll heute nicht endlich abgestimmt werden? Zwei Monate sind immerhin vergangen, Zeit für Ihre Abgeordneten, sich das Gesetz genau anzuschauen.

Merz: Ja, Herr Meurer, das haben wir auch getan. Es hat intensive Beratungen sogar innerhalb unserer Fraktion gegeben. Wir haben eine eigene Expertenanhörung noch in dieser Woche gemacht und alle Sachverständigen sind zu dem Ergebnis gekommen, das Gesetz weist große Schwächen und Mängel auf. Aber der Deutsche Bundestag hat keine Gelegenheit gehabt, das zu beraten. Das Bundesverfassungsgericht hat ja keine Lesezeit für die Abgeordneten verlangt, sondern Beratungsmöglichkeiten im Bundestag.

Jetzt muss man vielleicht für die Zuhörerinnen und Zuhörer erklären: In den Parlamentsdebatten, wenn wir im Plenum zusammentreten, wird zwar noch gesprochen, aber Beratungen im Parlament finden in den Ausschüssen statt. Da kann abgewogen werden, sind diese Texte, sind diese Vorschläge richtig oder falsch, und das hat die Koalition verweigert.

Meurer: Das ist Definitionssache, Herr Merz. Die Koalition sagt: Nein! Sie können doch im Bundestag Fragen stellen, Sie können Anträge stellen, das ist alles möglich. In der Koalition wird auch verteidigt: Das Bundesverfassungsgericht hat nur gesagt, die Abgeordneten brauchen mehr Zeit. Aber wie beraten wird, wurde nicht vorgeschrieben.

Merz: Das Bundesverfassungsgericht hat ganz eindeutig, übrigens erstmalig in der Geschichte des Bundesverfassungsgerichts und des Bundestages in das Selbstorganisationsrecht des Bundestages, eines Verfassungsorgans, eingegriffen und erklärt, so geht das nicht. Beratung im Deutschen Bundestag heißt nicht, mal eben darüber reden, sondern in

Ruhe in den Ausschüssen, die dafür zuständig sind, zu diskutieren, können wir das noch mal ändern.

Und nur, damit wir alle wissen, worüber wir sprechen: Die Koalition hat das, was sie Anfang Juli schon beschlossen hatte, unverändert in dieser Woche in den Deutschen Bundestag eingebracht und es ist an keiner Stelle mehr irgendwo in den zuständigen Fachgremien des Bundestages über dieses Gesetz beraten worden, und das heilt den Mangel eben nicht.

Meurer: Herr Merz, Ihre Fraktion hätte Änderungsanträge stellen können, hat sie aber nicht getan. Warum nicht?

Merz: Änderungsanträge, Herr Meurer, werden in der Regel nicht im Plenum gestellt, sondern sie werden in den Ausschüssen – in diesem Falle wären das sogar zwei Ausschüsse gewesen – beraten und diskutiert, auch mit der Gegenseite, also mit der Regierung diskutiert auf der Grundlage von Anhörungen. Auch solche haben nicht mehr stattgefunden.

Meurer: Klingt ein bisschen formalistisch, wenn Sie auf einer anderen Ebene hätten beantragen können.

Merz: Na ja. Herr Meurer, es klingt nur formalistisch. Beratungen finden aber in den Ausschüssen statt und nicht im Plenum. Da kann man auch Anträge stellen. Unser Antrag lautet ganz einfach, vor diesem Hintergrund das Gesetz abzulehnen.

Meurer: Brauchen die Leute nicht langsam, die sich über dieses Gesetz die Köpfe in den letzten Monaten zerstritten haben, braucht die Bevölkerung nicht langsam auch mal Planungssicherheit? Es muss ja endlich feststehen, was kommt, und das Ganze soll nicht noch weiter und weiter beredet und zerredet werden?

Merz: Ja, auch das ist richtig und auch das ist einer der in der Tat schwierigen Punkte. Sie haben es in Ihrem Bericht gerade selber angesprochen. Die kommunale Wärmeplanung liegt nicht vor. Das Gesetz geht aber davon aus, dass sie kommt. Keiner weiß, wann sie kommt und wie sie kommt. Und auch die gesamte Förderung, die es übrigens mal gab – dieses Gebäude-Energie-Gesetz ist ja keine Erfindung dieser Koalition. Es gibt ein bestehendes Gebäudeenergiegesetz mit ausführlicher Förderung, die die Koalition ausgesetzt hat, für die Erneuerung des Heizungsbaus, des Heizungsbestandes in den Wohnungen und in den Häu-

sern. Das Gebäudeenergiegesetz gab es. Die Koalition hat es aufgehoben, hat die Förderung aufgehoben, und jetzt macht sie ein Gesetz, ohne dass klar ist, welche Förderung es in Zukunft geben soll. Es ist vieles nicht klar und deswegen ist auch der Zeitpunkt falsch, es so zu verabschieden.

Meurer: Jetzt kommt, Herr Merz, aber das Gesetz. Das wird heute eine Mehrheit bekommen. Davon gehen Sie mit Sicherheit auch aus. Werden Sie danach vors Bundesverfassungsgericht ziehen?

Merz: Das brauchen wir nicht. Der Fall liegt bereits in Karlsruhe. Karlsruhe hat im einstweiligen Rechtsschutz entschieden. In der sogenannten Hauptsache wird noch entschieden. Jetzt werden wir auf den Abschluss dieses Gesetzgebungsverfahrens noch einmal hinweisen und dann wird das Bundesverfassungsgericht endgültig zu entscheiden haben, ob das denn eigentlich den notwendigen Beratungsmöglichkeiten des Bundestages entsprach, ja oder nein. Der Fall liegt schon in Karlsruhe.

Meurer: So lange werden die Verbraucherinnen und Verbraucher ein bisschen grübeln, was sie machen sollen. Haben Sie eine Vorstellung, wie lange das in Karlsruhe dauern könnte?

Merz: Das weiß niemand. Das dauert in der Tat manchmal etwas länger. Aber die vorläufige Entscheidung gibt es schon. Die Unsicherheiten bleiben und das hätte sich die Koalition ersparen können. Das hätte sie übrigens auch allen Eigentümern und allen Mietern ersparen können. Jetzt gehen wir in eine Phase großer Unsicherheit.

Meurer: Reden wir mal über die Sache, Herr Merz: das Gebäudeenergiegesetz. Sie sagen, die Wurzeln gehen schon zurück, als die CDU noch regierte. Geht es Ihnen vor allen Dingen um diese Unklarheit bei den Förderbestimmungen – aber im Prinzip tragen Sie die Idee mit, dass Gas- und Ölheizungen auf staatliche Intervention hin auslaufen sollen?

Merz: Das war der entscheidende Unterschied zwischen dem früheren Gebäudeenergiegesetz und dem jetzigen. Nicht staatliche Intervention, sondern eigenes ökonomisches Interesse stand im Vordergrund der früheren Regelung. Wir hätten über eine zusätzliche Bepreisung von CO₂, die die Koalition ja auch ausgesetzt hat, es immer unwirtschaftlicher gemacht, weiter Öl- und Gasheizungen zu betreiben. Und dann mit einer vernünftigen Förderung, die es ja gab, den Ersatz auch im Bestand ermöglicht.

Das ist jetzt nicht mehr der Fall. Wie gesagt, jetzt geht es in eine Phase großer Unsicherheiten, sehr hoher Kosten, und das Bundeswirtschaftsministerium sagt selbst, sie können gar nicht sagen, ob denn dann die CO₂-Ziele damit tatsächlich erreicht werden. Maximale Unsicherheit, minimales Ergebnis für den Klimaschutz – das ist eigentlich das Schlechteste aus beiden Welten, wie man das so machen kann.

Meurer: Minimales Ergebnis für den Klimaschutz? Sind Sie da so sicher? Von allen möglichen Seiten wird die Ampel auch attackiert: Ihr seid zu langsam. Selbst die EZB sagt, es muss schneller gehen. Wenn man es langsamer macht, wird es am Ende wohl noch teurer werden. Sollte man nicht das Ganze ein bisschen mit Tempo bearbeiten?

Merz: Ja, natürlich! Tempo ist in der Tat eine der großen Herausforderungen, nicht nur für den Klimaschutz. Aber die Koalition verfehlt jetzt schon im zweiten Jahr hintereinander die Klimaschutzziele, sowohl im Gebäudesektor als auch im Verkehrssektor. Irgendwas kann doch an der Klimapolitik dieser Koalition nicht stimmen, denn diese Koalition ist verantwortlich.

Meurer: Die werden sagen, mit Ihrem Vorschlag würde es noch schlimmer werden, wenn man das freiwillig lässt.

Merz: Das bestreiten wir nachhaltig. Wir haben immerhin bis Ende 2020 die Klimaziele in Deutschland erreicht. Richtig ist, dass es jetzt schwieriger wird, aber genau darüber hätten wir mit der Koalition gerne ausführlicher beraten.

Meurer: Herr Merz, Sie wissen auch, die Deutschen lieben den Konsens, sie lieben die große Zusammenarbeit. Warum schlagen Sie das Angebot des Bundeskanzlers aus, einen Deutschland-Pakt zu gründen?

Merz: Wie kommen Sie auf den Gedanken, dass wir das ausschlagen? Das Gegenteil ist richtig. Der Bundeskanzler hat den Vorschlag gemacht. Wir haben gefragt, an wen richtet er sich. Richtet er sich an die eigene Regierung? Richtet er sich an die Länder, oder richtet er sich an uns? Wenn er sich an die eigene Regierung richtet, stellt sich die Frage, hat er noch eine Mehrheit? Wenn er sich an die Länder richtet, sagen die Länder, wir diskutieren mit dem Bundeskanzler bereits seit fast einem Jahr über alle diese Themen, die er da aufgerufen hat. Und wenn er sich an uns richtet, bleibt erneut die Frage: Hat der Bundeskanzler noch eine

Mehrheit in der eigenen Regierung, oder braucht er die Opposition, um seine Vorstellungen durchzusetzen? Wir reden miteinander und zwar sehr konkret.

Meurer: Der Klimaschutz, nicht nur der, auch die Bundeswehr beispielsweise ist alles eine Jahrhundertaufgabe. Sie sagen, Sie machen jetzt doch mit beim Deutschland-Pakt und Sie warten auf Terminvorschläge?

Merz: Ich möchte gerne wissen, was am Deutschland-Pakt neu ist. Alles das, was da auch noch verbreitet wurde, parallel zu dem Vorschlag, den der Bundeskanzler am Mittwochmorgen gemacht hat, sind alles alte Themen, die zum Teil schon seit einem Jahr zum Beispiel in der Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Bundeskanzler diskutiert werden. Was ist neu und worüber soll abgestimmt werden? Das gucken wir uns in jedem Einzelfall gerne an. Und ich darf das sagen, da es schon veröffentlicht wurde: Ich habe mit dem Bundeskanzler darüber bereits gesprochen.

Meurer: Und was hat er gesagt?

Merz: Er hat im Grunde genommen das gesagt, was er auch öffentlich gesagt hat, Tempo, Tempo, Tempo, und genau das ist eines der Probleme, das wir in diesem Lande haben. Und Tempo, Tempo, Tempo ist eines der größten Probleme, das die Koalition untereinander hat.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.